

30.8.2018

GEW: Zu viele Baustellen zum Schulstart

Lehrermangel in Wuppertal spitzt sich zu

Über 100 Lehrerstellen konnten allein in Wuppertal nicht besetzt werden. Besonders hart trifft es die 55 Grundschulen, die bei 53 Ausschreibungen gerade mal 9 Stellen besetzen konnten, davon nur drei mit ausgebildeten Grundschullehrer*innen. Auch die sieben Realschulen haben mit 20 unbesetzten gebliebenen Stellen einen schlechten Start, ebenso die fünf Hauptschulen (12 Fehlstellen) und die sechs Gesamtschulen (15 Fehlstellen).

Baustelle: Seiteneinsteiger*innen ohne Lehramt

Jede neunte neu eingestellte Lehrkraft hat in NRW keine Ausbildung für diesen Beruf. Doch hinzukommt, dass in allen Schulen 10 - 20 % des Stammpersonals von Vertretungskräften ersetzt werden muss und das sind überwiegend Personen ohne Lehrerausbildung. Spitzenreiter auch hier die Grundschulen, an denen zurzeit ca. 200 Personen in Wuppertal ohne Lehramt arbeiten. An einzelnen Grundschulen kommt es zu der alarmierenden Situation, dass z.B. die Hälfte des Kollegiums aus Vertretungskräften ohne Lehramt besteht!

An den sieben städtischen Gymnasien wurden zum Schuljahresbeginn 50 neue Vertretungskräfte eingestellt, 70% davon ohne Lehramt, an den Gesamtschulen 50, davon nur 3 mit Lehramt.

Da ein kurzfristiges Ende des Lehrermangels nicht in Sicht ist, wird sich diese Situation noch verschärfen. „Diese Seiteneinsteiger dürfen nicht mehr länger ins kalte Wasser geworfen werden. Es muss dringend eine Vorabqualifizierung dafür organisiert werden, bevor sie mit aller Verantwortung vor eine Klasse gestellt werden!“ So fordert Richard Voß vom Leitungsteam der GEW Wuppertal.

Baustelle: Inklusion

Auch die Baustelle „Inklusion“ hat sich weiter verschärft. An den Grundschulen konnte keine einzige der 13 ausgeschriebenen Stellen für Sonderpädagog*innen besetzt werden. An den Schulen der Sekundarstufe I wird der Mangel nun so „verwaltet“, dass die Förderschulen mit 80% des Personals rechnen können, die Schulen der Sekundarstufe I jedoch mit knapp 50% auskommen sollen. „Damit ist Inklusion nicht zu stemmen“, so die GEW Wuppertal.

Baustelle: Zugewanderte Kinder

Fast 2000 zugewanderte Kinder gehen in Wuppertal in die internationalen Förderklassen. Höchstens zwei Jahre erlernen sie dort die deutsche Sprache und wechseln dann spätestens in eine Regelklasse. Nach dem großen Zuzug der letzten Jahre ist es jetzt für sehr viele soweit. Doch nach zwei Jahren brauchen die meisten Kinder natürlich weiter eine Sprachförderung, damit sie z.B. dem Fachunterricht folgen können. Diese Förderung gibt es nicht! Im Gegenteil, durch diesen Quereinstieg in die un-

terschiedlichen Regelklassen steigen die Klassenfrequenzen auf 30 und mehr Kinder an, keine Chance für eine Förderung.

Baustelle: „Abschulungen“

Fast 90 Schüler*innen mussten vom Gymnasium an die Realschulen wechseln, fast 90 von der Realschule zur Hauptschule. „Das kann für den einzelnen Schüler zum Desaster werden, für die aufnehmenden Klassen ist es ein ganz schwieriger Auftrag!“ berichtet Christian Neumann von der Fachgruppe Realschule. Die GEW setzt sich dafür ein, dass jede Schule dafür sorgen muss, die einmal aufgenommen Schüler zu einem Abschluss zu führen und ihnen dafür auch genügend Personal zur Förderung zur Verfügung zu stellen. „Eine Schule für alle Kinder wäre die bessere Lösung“, so Helga Krüger vom Leitungsteam der GEW Wuppertal.

Maßnahmepaket der Schulministerin

Das Maßnahmepaket der Schulministerin gegen den Lehrermangel setzt vor allem auf den Einsatz von Seiteneinsteiger*innen, Pensionär*innen und auf die Gewinnung von Lehrkräften der Sekundarstufe II für die Grundschule. „Doch die kann man nur für die Grundschule und die SEK I motivieren, wenn sie dort die gleichen Verdienstmöglichkeiten haben. Die einheitliche Besoldung im Eingangssamt nach A 13Z, bzw. EG 13 für Tarifbeschäftigte, ist unabdingbar. Hier spielt die Landesregierung fahrlässiger Weise auf Zeit!“ kritisiert Richard Voß.

Mehr Ehrlichkeit ist angesagt. Alle Zahlen des letzten Jahres und des Schulstarts zeigen, dass Gewinnung von Pensionär*innen, Seiteneinsteiger*innen und SEK II-Kräften kurzfristig ohne durchgreifenden Erfolg bleiben. Die Schulministerin darf sich nicht scheuen, die Stundentafeln vorübergehend zu kürzen und darf die Verwaltung des Mangels den Schulen nicht allein aufbürden.

Die Mangelsituation erhöht zudem die Arbeitsbelastung an jeder Schule. „Es sind auch Maßnahmen zur Entlastung notwendig, wie z.B. die Reduzierung der Zahl der Klassenarbeiten und die Aussetzung von Qualitätskontrollen.“ fordert Tino Orlishausen von der Fachgruppe Gesamtschule.